

" E s s e n " .

=====

In den letzten Monaten sind zwischen Männern der Bekenntenden Kirche und Vertretern der "Landeskirchlichen Konferenz" lange Verhandlungen über eine Neuordnung der Evgl. Kirche geführt worden. Sie begannen in Essen unter Leitung von Präses D. Koch. Die schwebenden Fragen wurden in drei Denkschriften niedergelegt. Die erste behandelte die Grundlage der DEK (Bekenntnis, Verfassung, Barmer Erklärung), die zweite den Plan der Neuordnung der DEK, die dritte die Regelung der kirchlichen Verhältnisse in der Evgl. Kirche der altpreußischen Union.

Die Arbeiten waren so weit gediehen, daß gemeinsam von führenden Männern der BK in Preußen und den Vertretern der Landeskirchl. Konferenz der "Entwurf einer Ordnung zur Bestellung einer Kirchenleitung" (Essen III) bei Staatsstellen und dem EOK eingereicht und allen Pfarrern in Preußen zur Stellungnahme zugeleitet werden sollte. Bei der Abfassung eines gemeinsamen Anschreibens stellte sich heraus, daß zwischen der BK. und der Landeskirchl. Konferenz im Grunde keine gemeinsame Auffassung über den kirchlichen Weg vorlag. Das wurde offenbar, als D. Burghard seine Unterschrift unter dem gemeinsamen Anschreiben zurückzog, weil er nicht wollte, daß die Scheidung von den DC. zum Ausdruck komme.

Der Preußische Bruderrat hat beschlossen, den Entwurf den Pfarrern zur Kenntnis zu geben, aber lediglich zu informativen Zwecken. Der Versuch, eine neue Leitung in der Preuß. Kirche zu bekommen, scheint gescheitert, und zwar durch das Verhalten der Konferenz. Er hat weiter das gesamte Material mit dem Gang der Verhandlungen zusammengestellt. Zum Schluß dieses Gutachtens kommt er zu der Feststellung, daß dieser Versuch, zusammen mit der Landeskirchlichen Konferenz zu einer Neuordnung der Preußischen Kirche zu kommen, gescheitert ist, und zwar daran, daß die Landeskirchl. Konferenz ihre Abneigung gegen klare Bekenntnisaussagen und gegen klare Verfassungsziele gezeigt hat.

Der Schlußabschnitt lautet:

Gründe für das Handeln der Landeskirchlichen Konferenz:

a) Abneigung gegen klare Bekenntnisaussagen.

Indem die Konferenz den Vorwurf erhebt, daß der Bruderrat nach der Zurückziehung der Unterschrift des Herrn D. Burghart dennoch gehandelt hat, schreibt sie am 16.9.38: "Dazu ist durch das Vorgehen des Pr. Bruderrates nunmehr der Entwurf für weite Kreise mit der tiefgehenden Ablehnung belastet, die gegen alles, was den Dahlemer Kurs innehaält, nun einmal besteht." (Der Pr. Br. Rat hatte nicht in D. Burgharts Forderung gewilligt, den Satz in dem Anschreiben zu streichen: "Es bleibt den deutschchristlichen, deutschkirchlichen und nationalkirchlichen Gruppen überlassen, sich eine ihren Grundsätzen entsprechende Organisation zu schaffen.").

Zwar verhandelte die Konferenz mit den Vertretern des "Dahlemer Kurses", zwar erklärte sie den Willen, mit diesen gemeinsam zu arbeiten. Aber bereits in den Anfangsverhandlungen wurde gefordert: Bei einer Neuordnung kämen belastete Männer nicht in Frage. Wir haben das damals als Entgleisung einzelner gewertet und keine Folgerungen daraus gezogen. Mehrfache Sonderverhandlungen der Konferenz mit dem EOK hatten den Grund, daß man den Herren dort keine Unterredung mit solchen zumuten wollte, von denen man annahm, daß sie als "fotes Tuch" wirken könnten. Der Bruderrat hat in eigenen Verhandlungen über andere schwierige Fragen diese Einstellung des EOK nicht erfahren.

Die Furcht vor einer Kompromittierung der Verhandlungen durch ein gemeinsames Handeln mit den Bruderräten, hat die Ausführung des Beschlusses nachträglich zunichte gemacht, den Entwurf gemeinsam den Staatsbehörden zuzuleiten, sie ist die Ursache der wiederholten eigenmächtigen Verhandlungen maßgeblicher Mitglieder der Landesk. Konferenz im Reichskirchenministerium. Die Furcht, mit der Bekenntenden Kirche in einem Atem genannt zu werden, hat die Beifügung des Gutachtens Essen I (betr. Barmer Erklärung) verhindert, obgleich man die sachliche Übereinstimmung behauptete. Die Furcht

vor dem Sichtbarwerden einer klaren Bekenntnisbindung hat letztlich die Zurücknahme der Unterschrift des Herrn D. Burghart bewirkt.

Es ist dem Bruderrat nicht ersichtlich, wie die Gemeinsamkeit des Handelns mit ihm aufrecht erhalten werden kann, wenn die Konferenz zugleich immer wieder öffentlich von ihm abrückt. Es bleibt nur der Schluß möglich, die Konferenz erstrebt lediglich eine Sammlung unter Ausschluß der radikalen Flügel -- also der "Dahlemer Richtung" und der "Thüringer Deutschen Christen". Dieser Gedanke ist weder neu noch kirchlich. Keinesfalls läßt er sich in Gemeinschaft mit den Bruderräten verwirklichen. Diese werden vielmehr weiter dafür eintreten haben, daß das Bekenntnis die einzige Grundlage allen kirchlichen Handelns bleibt.

b) Abneigung gegen klare Verfassungsziele.

Der Entwurf sieht in Ziffer 5 für die Kirchenprovinz eine Kirchenleitung vor, die sämtliche einem Generalsuperintendenten, dem Konsistorium u. den Provinzialkirchenräten obliegenden Aufgaben umfaßt. Er sieht in Ziff. 9 eine Kirchenleitung für Preußen in diesem Sinne vor. Der Entwurf überwindet also den Zwiespalt zwischen "geistl. Leitung" und "äußerer Verwaltung". Er beendet die Versuche, etwas stärkeren Einfluß auf die im übrigen allmächtige Bürokratie zu gewinnen. Dagegen reichte die Konferenz Vorschläge beim EOK ein, "in die Behörden eine Abteilung einzubauen." Hier tritt das alte kirchenpolitische Denken hervor, dem es darauf ankommt, einige Plätze in den Behörden zu erobern. Die Herrschaft bleibt der kirchenfremden Bürokratie, der zu ihrem Leben etwas anderes Blut zugeführt werden soll.

Es kann daher auch nicht als Zufall gewertet werden, wenn Herr D. Burghart am 3. Sept. schreibt: "Ein Zusammenstehen ist aber ... notwendig, wenn wir überhaupt unserer Grundforderung (!) (Beeinflussung der Verwaltung durch geistliche Leitung) Nachdruck verschaffen wollen."

Der Entwurf ist von einem Vorstandmitglied der Konferenz als Versuch, mit dem Dr. Werner und dem Staat einmal ins Gespräch zu kommen, bezeichnet worden. Für den Bruderrat sollte er das ernsthafte Bemühen darstellen, die kirchlichen Notwendigkeiten für eine Ordnung und Befriedung der Kirche herzustellen, die dann aber nicht preisgegeben werden können.

Ausblick:

=====

Es wird sich durch ernsthafte Prüfung des Entwurfes beweisen müssen, ob er das Ziel einer Kirchenleitung recht erkannt und folgerichtig durchgeführt, die der Aufgabe gerecht werden kann, alles für die rechte Verkündigung des Evangeliums zu tun. Die Bekenkende Kirche Altpreuens wird maßgeblich zu dem Entwurf Stellung nehmen. Ihre Äußerung steht in Bälde zu erwarten.

Der Bruderrat wird auch weiterhin unablässig zu einer rechten Sammlung derer rufen, die auch gegenüber den Irrlehren unserer Zeit das Wort Gottes gegenwärtig zu verkündigen bereit sind und eine durch das Bekenntnis der Kirche wahrhaft bestimmte Kirchenleitung herbeizuführen sich bemühen.

Der Bruderrat wird alle Anstrengungen darauf richten, eine solche Kirchenleitung zu gewinnen und möglichst zu staatlicher Anerkennung zu bringen, die die Scheidung von Kirche und Unkirche zur Voraussetzung hat, um eine auch ihrer Missionaufgabe gerecht werdende Evangeliumsverkündigung zu sichern.

Der Bruderrat ist dankbar, daß in einer Unterredung seines Vorsitzenden mit dem Herrn Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrates von beiden Seiten der Wille bekundet worden ist, in ein ernsthaftes Gespräch über die kirchlich notwendige Aenderung des gegenwärtigen Zustandes einzutreten.

oooooooooooooooooooooooooooo

Im Freistaat Sachsen schien es so, als wolle das Kirchenregiment Klotzsche seinen scharfen Kurs gegen die Bekennende Kirche ändern. Nachdem die sächsischen Bekenntnispfarrer nach preussischem Vorgang den Eid mit einer zusätzlichen Erklärung geleistet hatten, wurde die Absetzung der drei Pfarrer zurückgenommen. Verhandlungen über die Wiederverwendung der entlassenen Kandidaten und Hilfsprediger zerschlugen sich aber. Auf Weisung von Berlin hin wurde von ihnen die Erklärung gefordert, daß sie sich der Leitung der sächsischen Kirche wie sie durch die 17. Verordnung bevollmächtigt sei, unterstellten. Damit hätten sie das Gewaltregiment Klotzsche anerkannt.

In Preußen lief nach der Verordnung des Präsidenten des Evgl. Oberkirchenrates am 30. September der Termin für die Einreichung von Anträgen auf Anerkennung der Prüfungen ab. Auf Weisung der Leitung der Bekennenden Kirche wurden die Anträge von allen dazu bereiten Kandidaten und Hilfspredigern durch die Bruderräte gesammelt und den Konsistorien eingereicht. Damit ist mit der Forderung der Bekennenden Kirche auf Anerkennung und Legalisierung ihrer Prüfungen Ernst gemacht.

In der "Nationalkirche" (Nr. 40) wird bekannt gegeben, daß "der Leiter der Reichsgemeinde unseren Kameraden Bischof Hossenfelder zum Leiter der gesamten Schulungsarbeit unserer Bewegung berufen" habe. (Übrigens glaubten wir bisher, es bestehe eine Bestimmung, daß die Bezeichnungen "Schulung" und "Bewegung" nicht mehr in solchem Zusammenhang gebraucht werden dürften.) In Hagen gab "Kd. Hossenfelder einen geschichtlichen Überblick über die Entstehung der deutschchristlichen Bewegung, an welcher er bekanntlich maßgebend beteiligt war. Er stellte fest, daß die Deutschen Christen als die Nationalsozialisten in der Kirche und als kirchenpolitische Gruppe angetreten waren und als solche ihr Ziel, die Reichskirche, erreicht haben. Die innere Formung und Füllung der Bewegung ging davon unabhängig von Thüringen aus dem Kreise um Jeßler und Leutheuser aus. Im vergangenen Jahre erfolgte die Einung, die nunmehr allein imstande und am Werke ist, die Kirche zu bauen, die der nationalsozialistischen Volksgemeinschaft entspricht."

"Die Nationalkirche im Rheinland" (Nr. 27 vom 2. Okt.) "Splitter und Späne."

"Unter dieser Überschrift soll fortan in zwangloser Folge eine Ecke unserer Rheinlandbeilage stehen.... Wir halten dafür, daß gerade einer Kirche nichts so gefährlich ist als die Kirchhofsstille, in der sich Menschen beruhigen mit dem falsch verstandenen "Es steht geschrieben" und auf dem Ruhekissen einer faulen Gläubigkeit", welche die große Zeit mit ihrem Gottesanspruch verschläft." Der erste(!) Beitrag:

"Bei einer Bezirksynode im badischen Lande wurde zum Eingang das Lied gesungen: "Fahre fort, Zion, fahre fort". Ein Volksgenosse meinte, ein solches Zionslied passe in die heutige Zeit wie die Faust aufs Auge, wenn er auch dem Wunsche nach Abreise der Juden sehr zustimme. Nun paßt die Faust manchmal recht gut aufs Auge. Für eine Bezirksynode scheint auch der Gesang durchaus treffend gewählt zu sein. Es kostet den Kenner jedenfalls immer größere Mühe, daß er nicht den Zungenschlag bekommt und statt Bezirksynode "Bezirkssynagoge" sagt."

XXXXXXXXXXXXXXXXXXXX

Die Dortmunder Brüder, die seit Monaten in Schutzhaft gehalten wurden, sind, wie wir hören, entlassen worden. Sie haben aber die Auflage bekommen, ihren Wohnsitz an bestimmten Orten zu nehmen (Residenzgebot), und zwar Pfarrer Lücking in der Grenzmark, Dr. Schmidt in Suhl i. Thüringen, Kaufmann Suppert in Schleswig-Holstein, Herr Lohmeyer in Aurich. Auch Pastor Krasse - Kriescht / Neumark ist wieder entlassen.

Die Fürbittliste lautet also:

Im Konzentrationslager: Pfr. Schneider - Dickenschied;
Pfr. Martin Niemöller - Dahlem;
Kaufmann Thiessies-Altenrogerode/Westfalen;
Notariatspraktikant Leikam - Korb =Württemberg.